Kampfruf der RGO

für Rückeroberung der geraubten Löhne

Arbeiter, Angestellte, Gewerkschaftskollegen!

Der Reichstag hat die Aufhebung der Lohnabbaubestimmungen der Papennotverordnung beschlossen. Dieser Beschluß ist das Ergebnis eurer Kraft, der massenhaften Anwendung der Streikwaffe, das Ergebnis des gewaltigen BVG-Streiks in Berlin, durchgesetzt gegen die Behauptungen der ADGB-Bürokraten, man könne in der Krise nicht streiken, durchgesetzt gegen die streikbrecherischen ADGB-Führer. Hättet ihr euch auf das sozialdemokratische „Volksbegehren" eingelassen, der Lohnraub wäre allgemein in allen Betrieben durchgeführt worden und Papen sitzt heute noch in der Regierung. Im Gegensatz zu den ADGB-Führern hat die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition die Einheit der Arbeiterklasse im Kampf hergestellt und die materiellen Interessen, die sozialen Errungenschaften des Proletariats verteidigt.

Gewerkschaftskollegen! Obwohl eure Streikkraft den Reichstagsbeschluß auf Aufhebung der Papenschen Lohnabbauverordnungen bewirkte, wäre es verhängnisvoll, zu glauben, daß damit die Rückeroberung der geraubten Löhne gesichert wäre.

Bleiben soll der mit Papens Notverordnung erwirkte Lohnausfall.

Bleiben soll der durch Kürzung der übertariflichen Löhne geraubte Lohn.

Bleiben soll der durch Schiedssprüche, freiwillige Vereinbarung und auf andere Art durchgeführte Lohnabbau.

Bleiben sollen die auf Grund der Brüning-Notverordnung durchgeführte Herabsetzung der Löhne der Verkehrsarbeiter und die 2000 Maßregelungen bei der BVG.

Die Aufhebung der Papennotverordnung bedeutet kein Ende des Lohnraubes. Mit anderen Methoden werden die Unternehmer gemeinsam mit der ADGB-Bürokratie zu neuen, umfassenderen Lohnabbauangriffen gegen die Arbeiterklasse vorgehen.

Während die Leipart und Co. mit dem General Schleicher verhandeln und seine arbeiterfeindlichen Maßnahmen aktiv tolerieren, wendet sich die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition an die Arbeiter in den Betrieben, an die Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, an alle Unorganisierten mit dem Appell:

Organisiert den Kampf zur Rückeroberung der alten Löhne!

Kämpft um die Zurückerstattung des seit der Papennotverordnung durchgeführten Lohnausfalls!

Kämpft gegen jeden neuen Lohnabbauversuch der Unternehmer!

Setzt in den Gewerkschaftsversammlungen Kampfbeschlüsse durch!

Schleudert den Leipart und Co. eure Kampfforderungen ins Gesicht!

Wählt in den Betrieben Einheits- und Kampfausschüsse!

Verbindet mit eurem Kampf die Vorbereitung der Betriebsrätewahlen, der örtlichen und betrieblichen Gewerkschaftswahlen! Sorgt dafür, daß nur klassenbewußte Vertreter und Streikführer gewählt werden!

Nieder mit der streikbrecherischen Gewerkschaftsbürokratie! Es lebe die gewerkschaftliche Kampfeinheit! Durch rote Einheit zum Sieg.

Reichskomitee der RGO.

Die Tarifpolitik der Gewerkschaftsführer

Ein neues Verbrechen an der Arbeiterklasse *

Die Berliner ADGB-Vorstände, an der Spitze der ZAV und DMV, haben jetzt im Rahmen ihrer Werbetätigkeit eine neue Methode gefunden, um die Unorganisierten in den Verband zu bringen und sie von der „Richtigkeit" der Verbandspolitik der reformistischen Gewerkschaftsführer zu überzeugen. Der ZAV und DMV haben beschlossen, für die Branchen, in denen die Kollegen ungenügend in den ADGB-Verbänden organisiert sind, keine Tarifverträge mehr abzuschließen. Die „revolutionären Unorganisierten" sollen beweisen, daß sie es besser können.

Wir erklären, und haben das schon öfters zum Ausdruck gebracht, daß wir für gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiterschaft sind, weil, wenn die Organisationen richtig eingesetzt werden, sie die Kampftätigkeit des Proletariats erhöhen. Wir sind für eine Organisierung, für eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik, für den revolutionären Klassenkampf. **Das besagt, wenn Kollegen in den Verband eintreten, dann nur mit dem festen Willen, die Hindenburgpolitik der Leipart und Co. im Verband zu bekämpfen. Zu diesem Zweck fordern wir alle Kollegen immer wieder auf, im Verband zu bleiben und für die Forderungen und die revolutionäre Gewerkschaftspolitik einzutreten.**

Das Unerhörte an dem Vorgehen des DMV und ZAV in Berlin, an seinem Beschluß, keine Tarifverträge mehr in bestimmten Branchen abzuschließen, ist,

die Preisgabe einer prinzipiellen Errungenschaft der Arbeiterschaft.

Das Aufgeben eines Hauptgedankens, der zur gewerkschaftlichen Organisation und zur Gründung von Gewerkschaften zur Ausschaltung der Konkurrenz der Arbeiter untereinander, zum kollektiven Arbeitsvertragen.

Hier wird für die ganze Arbeiterklasse offensichtlich, wer einen Kollegen gegen den anderen ausspielen läßt. Aus Organisationsinteressen der Gewerkschaftsvorstände werden prinzipielle Interessen der Arbeiterklasse preisgegeben.

Mit Stockschlägen auf den Magen sollen die unorganisierten Kollegen von der „Richtigkeit" reformistischer Gewerkschaftspolitik überzeugt werden. Fragt diese Unorganisierten, es wird einige unter ihnen geben, die noch nicht in einem Verband des ADGB waren. Warum sind sie unorganisiert geworden? Wir wissen natürlich, wir billigen das Hinauslaufen aus den Verbänden nicht, aber **schuld** an der Unorganisiertheit dieser Kollegen ist die Politik der ADGB-Führer, die die Kollegen immer tiefer ins Elend gebracht hat. Den Gewerkschaftsangestellten steht es schlecht an, diese Kollegen zu beschimpfen.

Durch gewerkschaftliche Organisation sollte die Konkurrenz der Arbeiter untereinander, — wodurch die Macht ihrer Masse gebrochen wird — aufgehoben werden. So wollte es Karl Marx, so stellte er es den Gewerkschaften zur Aufgabe.

Hier wird durch die Politik der Urich und der ZAV-Angestellten die gewerkschaftliche Organisation zum Gegenteil benutzt. Durch die Maßnahme der Gewerkschaftsführung wird die Konkurrenz der Arbeiter untereinander herbeigeführt.

zum Nutzen der Unternehmer, als eine kindische Strafe für die Unorganisierten. Diese Politik, die gegen die elementaren Grundsätze marxistischer Gewerkschaftspolitik verstößt, prinzipielle Kampfziele der Arbeiterschaft, zum Nutzen der Unternehmer preisgibt, ist ein Verbrechen an der Arbeiterschaft, das durch angebliche Wahrnehmung von Verbandsinteressen einzelner Gewerkschaftsvorstände nicht gemildert wird. Man braucht kein Prophet zu sein, um schon jetzt vorauszusagen, daß diese „Werbe"-Methoden zum weiteren Niedergang der ADGB-Verbände führen müssen.

Jetzt hat die Opposition die Pflicht, den Kampf für den Kollektivvertrag in konkreter Weise in den Betrieben dieser Industriegruppen und Branchen prinzipiell und für bestimmte Forderungen aufzurollen. Durch betriebliche Tarifkommissionen, die von allen Kollegen gewählt werden. Kein Kollege darf dagegen verstoßen. Vom Unternehmer ist die Anerkennung der festgelegten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Die Konkurrenz der Kollegen untereinander ist auf diese Weise auszuschalten. Der unwürdige Zustand frühkapitalistischer Zeit,

herbeigeführt durch die Politik der Gewerkschaftsführer, daß der Unternehmer jeden einzelnen Kollegen nach Nasenspitze bezahlt, in vollkommener kapitalistischer Willkür, muß sofort durch derartige betriebliche Maßnahmen beseitigt werden. In den Verbänden muß gegen diese Maßnahmen der Gewerkschaftsführung der schärfste Kampf der Opposition entfaltet werden.

* (Aus der Dezembernummer von „Betrieb und Gewerkschaft", Organ des Reichskomitees der RGO. Das Heft enthält ferner folgende wichtigen Artikel: F. Schulte: Front gegen Leipartkurs. W. Koenen: Rettung vor Hunger und Frost. K. Chwalek: Massenwerbung für die RGO. W. Keller: Metall-Nordwest im Brennpunkt der Unternehmerangriffe.)

Schwerkriegsbeschädigt auf die Straße geworfen

(Arbeiterkorrespondenz)

Bei der Schwerterschokoladenfabrik Riedel und Engelmann in Dresden wurde ein Schwerkriegsbeschädigter entlassen, zur selben Zeit, wo die Weihnachtssaison begann und etwa 100 Arbeiter neu eingestellt wurden. Der Gemaßregelte hat eine Familie mit 4 Kindern zu unterhalten.

Die Fürsorgestelle, an die sich der Schwerkriegsbeschädigte wandte, nahm sich vier Wochen Zeit, um ihm dann mitzuteilen, daß der Firma die Zustimmung zur Entlassung erteilt wurde. Das Arbeitsgericht wies zuerst die Klage ab, da Fristversäumnis vorliege. Erst nachdem der Kriegsbeschädigte beim Arbeitsministerium vorgesprochen hatte, wurde die Klage vom Arbeitsgericht angenommen. Sie wurde abgewiesen und dem Entlassenen auch noch die 15 Mark Kosten auferlegt. So sieht der „Dank des Vaterlandes" aus und so wird der angebliche, durch die Verfassung garantierte Schutz des Arbeitsplatzes der Kriegsbeschädigten mit Füßen getreten.

Die kapitalistische Klasse ist der Kriegsbeschädigten überdrüssig. Sie sollen verhungern. Die Unterdrückten und Geschundenen müssen sich alle in der roten Einheitsfront zusammenschließen und das kapitalistische System beseitigen, das zu Kriegen führt und ihre Opfer verhungern läßt.

Zur Oppositionskonferenz der Landarbeiter

Einheitsfront gegen Lohnraubangriff der Junker

Die DLV-Führer gehen mit Leipart zu Schleicher und bereiten den Streikbruch vor

Morgen nehmen die Vertreter der Landarbeiterschaft Ostsachsens auf einer Oppositionskonferenz zu dem Lohnkampf Stellung. Wenn man die Kündigung der Lohntarife aller fünf sächsischen Tarifbezirke betrachtet, so muß man sofort die Frage stellen: Wie verhält sich der DLV zur Tarifkündigung? Um es mit einem Satz vorweg zu nehmen: Die DLV-Führer helfen neuen Lohnraub, neue Verschlechterungen durchführen. Die DLV-Führer führen nicht den Kampf der Landarbeiter gegen die Junker und den Staat, sondern stehen in einer Front mit den Junkern und mit dem Staat gegen die Landarbeiter. Daran ändern auch die radikalen Töne in ihrer Presse nichts. Diese Töne sind nicht neu. Sie werden von den Führern der Gewerkschaften immer dann angeschlagen, wenn sie einen neuen Verrat begehen wollen und dienen zur Tauschung. Darüber müssen sich die Landarbeiter klar sein.

Wenn Sie jetzt im Landarbeiter fast in jeder Nummer — neben der wüsten Hetze gegen die RGO und KPD — davon schreiben, daß sie einen neuen Lohnraub strikte ablehnen würden, so müssen die Landarbeiter an ihre Erfahrungen der Vergangenheit denken. Wie war es bei Brünings Notverordnungslohnraub? Wir sagten, die DLV-Führer werden den Lohnraub kampflos hinnehmen. Da schrieb Herr Kwasnik ganz entrüstet im Landarbeiter vom 5. Dezember 1931:

„Die SPD und die freien Gewerkschaften lehnen also, entgegen aller anderslautenden Behauptungen, insbesondere der KPD, jeden weiteren Lohnabbau mit Entschiedenheit ab."

Das klang radikal und war am 5., aber bereits am 19. 12. 31 brachte man im Landarbeiter die Notverordnung kommentarlos und bereits am 26. 12. schrieb Kwasnik in demselben Organ:

„... Wir haben auch Verständnis dafür, daß die öffentlichen Haushalte in Ordnung sein müssen ... Es mag bitter klingen, aber im Augenblick heißt es: Zähne zusammenbeißen und rüsten. In der kapitalistischen Wirtschaft gibt es ein Auf und Ab. Es werden auch mal wieder bessere Zeiten kommen. Rüsten wir für diese Zeit."

Wo war jetzt ihre radikale Sprache? Hatten wir nicht völlig recht behalten? Jawohl! Und wie war es denn Anfang Sommer dieses Jahres? Da muteten sie den Landarbeitern noch einen neuen Abbau ihrer Hungerlöhne zu.

In freier Vereinbarung mit den Junkern wurde ein Lohnraub durchgeführt und noch als ein Erfolg des DLV hingestellt.

So sehen die „Erfolge" der DLV-Führer aus

Im Sommer 1930 betrug der Lohn eines männlichen Stundenlöhners über 20 Jahre 31,5 Pfennig, ab 1. Juli 1931 nur noch 28,5 Pfennig und heute nur noch 26,5 Pfennig. Der Spitzenlohn der weiblichen Stundenlöhner senkte sich von 22,5 Pfennig 1930 auf 21 Pfennig 1931, ging durch den Notverordnungslohnraub auf 19,5 Pfennig zurück und wurde dann durch freie Vereinbarung auf 17,5 Pfennig herabgedrückt. Noch katastrophaler ist es bei den Monatslöhnern. Ihr „Lohn" ging in dieser Zeit um 20 Mark zurück, von 52 auf 32 Mark bzw. von 51 auf 31 Mark.

Allein durch die freie Vereinbarung wurde den Arbeitern 11 Mark und den Arbeiterinnen 10 Mark pro Monat gestohlen.

Hinzu kommen noch eine Reihe Verschlechterungen der Manteltarifbestimmungen: Raub eines Teiles der Erntezulchläge, Nichtmehrbezahlung der Wege von und zur Arbeitsstelle, Bezahlung des bei Krankheit weiter zu liefernden Deputats usw.

Ungeheurer Lohnraub, weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, das ist der von den DLV-Führern gepriesene „Erfolg". Und jetzt bereiten sie eine neue Niederlage der Landarbeiter vor.

Landarbeiter organisieren mit der RGO den Kampf

Das immer offenere, für jeden Landarbeiter sichtliche Einschwenken der Gewerkschaftsführer in die faschistische Front muß sein Echo finden. Die DLV-Kollegen müssen in ihren Zahlstellenversammlungen, in Gutsversammlungen fordern, daß Leute wie Leipart, die offen die Arbeiterschaft an den General Schleicher ausliefern, aus dem ADGB ausgeschlossen werden. Nehmt in allen Zahlstellen, in allen Gutsversammlungen dazu Stellung.

Bereits beginnen die Landarbeiter entgegen den Willen der DLV-Führer die Streiks gegen Lohnabbau und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen vorzubereiten. Die Landarbeiter wollen kämpfen. Die DLV-Führer gehen zum Junker und bitten um gut Wetter. Der Landarbeiter vom 11. 6. 32 schreibt:

„Die Junker sollten doch nun endlich einsehen, daß, wenn der Lohnabbau weiter so vor sich geht, dann letzten Endes ihre Kaufkraft so weit gesenkt wird, daß sie ihre Erzeugnisse auf den Misthaufen werfen können."

Leipart, der Vorsitzende des ADGB, fordert in seinem Schreiben an den General Schleicher direkt einen 15prozentigen Lohnraub, indem er verlangt, die 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich müsse Gesetz werden. Die Landarbeiter sollen also nochmals ein Sechstel ihres Lohnes geraubt bekommen.

Aber dort, wo die Landarbeiter in roter Einheitsfront den Kampf aufnehmen, da fallen ihnen nicht nur die Nazis, diese Streikbrechergarde der Kapitalisten, in die Arme, sondern auch die DLV-Führer. Ihre Politik geht dahin, die Streiks unmöglich zu machen und dort, wo ihnen dies nicht gelingt, sich an die Spitze derselben zu stellen, um sie abzuwiegen.

Im Landarbeiter vom 11. 6. 32 schreibt man dies ganz offen in einem Artikel, der sich mit den Akkordlöhnen für Rübenroden im Erfurter Gau befaßt. Dort heißt es u. a.:

„Für Thüringen ist es uns leider nicht möglich gewesen, die Arbeitgeber davon zu überzeugen, daß es im Interesse der Beseitigung der Streiks in den Betrieben richtiger wäre, auch für Akkordarbeiten Vereinbarungen mit den Arbeitnehmerorganisationen zu treffen."

Also klar und deutlich: **Verhinderung aller Streiks ist das Ziel der DLV-Führer.**

Die Landarbeiter müssen diesen Leuten durch die Organisierung des Streiks auf jedem Gute zur Verhinderung der Maßnahmen der Junker und des DLV die richtige Quittung geben. Mit der RGO gegen die Bürokratie des DLV organisiert den Kampf, erkämpft den Sieg.

Allen revolutionären Landarbeitern, die im DLV organisiert sind, erwächst aber hieraus die Aufgabe, durch die

Steigerung der innergewerkschaftlichen Arbeit

durch die Schaffung einer breiten Oppositionsbewegung in jeder Zahlstelle, auf jedem Gut, die Kollegen für die Organisierung des Kampfes zu gewinnen und die DLV-Führer zu entlarven.

In diesem Sinne ruft die RGO alle Landarbeiter Sachsens auf: Nehmt den Kampf auf gegen jeden Pfennig Lohnraub, für Wiedererringung des Lohnes vom 1. 7. 31. Stärkt die Reihen der RGO. Schafft die Einheit aller Landarbeiter unter Führung der RGO!

Gesteigerter Proteststurm gegen ADGB-Führung

Der Proteststurm der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft gegen den Leipartkurs der Gewerkschaftsbürokratie verstärkt sich immer mehr. In einer Resolution der erweiterten Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbandes in Bürgel wird folgendes gesagt:

„Wenn Leipart erklärte, daß er den General gebeten habe, vor allem Arbeit für die Erwerbslosen zu schaffen, so sagen wir:

Die deutsche Arbeiterschaft, die freien Gewerkschaften haben nichts zu erbitten von der Klassenherrschaft, sondern werden sich entgegen Leipart zum Kampf zusammenfinden und ihre berechtigten Lebensforderungen erzwingen.

Wir sehen in dem Verhalten Leiparts einen Verrat an der Arbeiterschaft. Die Auslieferung der Gewerkschaften an die Generale und Kapitalisten, eine Krönung der Kapitulation vom 20. Juli."

Weitere Entschließungen liegen vor von Mitgliederversammlung des Baugewerksbundes Weimar, Gewerkschaftskartell Gera, Mitgliederversammlung Malerverband Weimar, Betriebsarbeiterrat der Riebe-Brauerei Erfurt, Zimmererverband Merseburg.

Das bemerkenswerte an diesen Resolutionen ist, daß sie einstimmig mit der ausdrücklichen Zustimmung der SPD-Kollegen angenommen wurden. Dieser Sturm der freigewerkschaftlichen Organisationen und ihrer Mitglieder gegen die Auslieferung der Gewerkschaften an den Faschismus durch die Führung des ADGB muß im ganzen Reiche gesteigert werden. Es darf keine Versammlung der freigewerkschaftlichen Organisationen geben, aber auch keinen Betrieb und keine Stempelstelle, wo nicht Stellung genommen wird zu dem infamen Verrat der Leipart und Co.

Vor uns stehen die Ortsverwaltungswahlen und die Wahlen der freigewerkschaftlichen Vertrauensmännerkörper in den Betrieben und der Delegierten zu den Generalversammlungen. Hier müssen die freigewerkschaftlichen Arbeiter sich fest um die Opposition scharen. Im Kampfe gegen den Leipartkurs der ADGB-Führer müssen die freigewerkschaftlichen Kollegen kämpfen für die Besetzung jeder mühlbaren Funktion in den Gewerkschaften und Betrieben durch die Opposition.